## Deutscher Bundestag

## 5. Wahlperiode

## Drucksache V/1417

Der Bundesschatzminister

II A/1 - VV 2492 - 6/67

Bad Godesberg, den 15. Februar 1967

An den Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: Ergebnisse der Entbehrlichkeitsprüfung und der Veräußerung von Bundesgelände zu Zwecken des Wohnungsbaues und der Eigentumsbildung

Bezug: Beschluß des Deutschen Bundestages

- 1. vom 18. Mai 1962
  - Umdruck 103, Drucksache IV/212 -
- 2. vom 8. Dezember 1966
  - Drucksache V/993 (neu) -

Über die Ergebnisse der Entbehrlichkeitsprüfung und der Veräußerung von Grundstücken des Bundes für den sozialen Wohnungsbau erstatte ich folgenden Bericht:

I.

- 1. Auf Entbehrlichkeit für Zwecke des Bundes wurden im Kalenderjahr 1966 überprüft
  - 159 Objekte mit einer Flächengröße von 949 ha.
- 2. Von den geprüften Objekten sind nach dem Stande am 31. Dezember 1966
  - 79 Objekte mit einer Flächengröße von 76 ha als entbehrlich befunden worden.

Als unentbehrlich erwiesen sich vier Objekte von zusammen 165 ha, während für 76 Objekte (Flächengröße 708 ha) die Bedarfsprüfung am Jahresende nicht abgeschlossen war. Die nachstehenden Verkaufsergebnisse sind nicht ausschließlich auf die im Jahre 1966 der Entbehrlichkeitsprüfung unterworfenen Objekte abgestellt, weil die Verkäufe sich aus mannigfaltigen Gründen nicht immer im Jahr der Freigabe der Grundstücke durchführen lassen.

- 3. Die Bundesregierung hat sich auch im Rechnungsjahr 1966 nach Kräften bemüht, alle für verwaltungseigene Zwecke entbehrlichen und für den sozialen Wohnungsbau geeigneten Grundstücke zu veräußern:
  - a) am Jahresende bereits vollzogene Verkäufe:

	Flächengröße qm	Verkaufserlös DM
an Einzelpersonen an Unternehmen des	170 000 ( 17 ha)	1 838 000
Wohnungsbaues (mit		
Verkaufsauflage)	2 390 000 (239 ha)	25 891 000
	2 560 000 (256 ha)	27 729 000

b) am 31. Dezember 1966 in der Durchführung befindliche Verkäufe:

(fest zugesagt, aber im Grundbuch bis zum Jahresende 1966 noch nicht umgeschriebene Grundstücke)

an Einzelpersonen	120 000	( 12	ha)	936 000
an Unternehmen des				
Wohnungsbaues (mit				
Verkaufsauflage)	1 590 000	(159	ha)	23 296 000
	1 710 000	(171	ha)	24 232 000
a) und b) insgesamt	4 270 000	(427	ha)	51 961 000

Damit hat der Bund seit dem 1. Juli 1961 einschließlich der am 31. Dezember 1966 in der Durchführung befindlichen Verkäufe insgesamt 9 050 000 qm (905 ha) Bauland zu einem Preis von 88 750 000 DM für den sozialen Wohnungsbau und die Eigentumsbildung in breiten Kreisen der Bevölkerung bereitgestellt.

Bei dem Betrag von 88750000 DM ist bereits berücksichtigt, daß zur Erzielung tragbarer Mieten und Lasten seit 1961 in den gegebenen Fällen ein Nachlaß bis zu 30 v.H. des Verkehrswertes gewährt wurde. Er betrug insgesamt 16828000 DM.

Aus der nachstehenden Übersicht ist die zeitliche Entwicklung der Baulandverkäufe (im Grundbuch umgeschriebene Grundstücke) ersichtlich:

F	Flächengröße ha_	Verkaufserlös DM
vom 1. Juli bis 31. Dezember 196	1 65,7	4 021 000
im Jahre 1962	124,0	10 106 000
1963	125,0	9 162 000
1964 .	78,0	5 665 000
1965	86,0	8463000
1966	256,0	27 729 000
	734,7	65 146 000

Die gegenüber den Vorjahren wesentlich gesteigerten Verkäufe beruhen darauf, daß 1966 u. a. auch mehrere Großflächen für den sozialen Wohnungsbau auf die Erwerber übertragen wurden.

Auf den seit 1961 bereitgestellten Grundstücken wurden bzw. werden nach bisheriger Übersicht 5353 Familienheime und 21612 Eigentums- und sonstige Wohnungen des sozialen Wohnungsbaues errichtet.

4. In Ausführung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 8. Dezember 1966 zum Antrag des Ausschusses für das Bundesvermögen – Drucksache V/993 (neu) – habe ich erstmalig für das Jahr 1966 die Grundstücksverkäufe der bundeseigenen Unternehmen – eingeschränkt auf den Dienstbereich meines Hauses – ermittelt.

An Bauland wurde eine Gesamtfläche von

780 000 qm (78 ha)

veräußert; davon befanden sich am 31. Dezember 1966 Verkäufe über 417 000 qm in der Durchführung. Der Erlös beläuft sich auf insgesamt 9 403 000 DM.

An bebauten Grundstücken haben die Gesellschaften 437 Grundstücke, vorwiegend Kaufeigenheime, die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues errichtet worden sind, zum Preis von rd. 20 Mio DM veräußert. Über weitere 271 bebaute Grundstücke liefen am Jahresende Verkaufsverhandlungen. Der Erlös hierfür wird mit 6 527 000 DM beziffert.

II.

Entsprechend dem Beschluß des Deutschen Bundestages in seiner Sitzung am 8. Dezember 1966 sind der Herr Bundesminister der Finanzen und der Herr Bundesminister der Verteidigung gebeten worden, die Entbehrlichkeitsprüfung wesentlich zu beschleunigen. Nach Mitteilung des Herrn Bundesministers der Finanzen nimmt der Herr Bundesminister der Verteidigung auch die Bedarfsprüfung für die ausländischen Streitkräfte wahr. Dem Herrn Bundesminister der Verteidigung sind aufgrund der von ihm veranlaßten Nachforschungen bisher keine konkreten Fälle bekanntgeworden, in denen die Prüfungen sich über Gebühr lange hingezogen haben. Trotzdem wird er in seinem Geschäftsbereich nochmals anordnen, die Entbehrlichkeitsprüfungen zu beschleunigen.

III.

Bei den Verkäufen von bundeseigenen Grundstücken für den sozialen Wohnungsbau sind zwei wesentliche Gesichtspunkte zu bedenken:

Nach wie vor besteht ein starker Liegenschaftsbedarf des Bundes für eigene Zwecke, namentlich für Anlagen der militärischen und zivilen Verteidigung. Da der Bund gehalten ist, seinen Bedarf in erster Linie aus eigenen Liegenschaften zu decken, muß die Entbehrlichkeit stets sehr sorgfältig und auch im Hinblick auf evtl. künftigen Bedarf geprüft werden. Es sollte überlegt werden, ob durch Grundstückstausch oder Ersatzbeschaffungen bei Veräußerungen sowohl dem Wohnungsbau wie dem Bedarf des Bundes besser gedient wäre.

Ferner erweist sich immer wieder, daß die überwiegend aus ehemaligem Wehrmachtsbesitz stammenden Grundstücke aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen für den Wohnungsbau häufig nicht geeignet sind.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte ist das die Verkäufe der Vorjahre weit übersteigende Ergebnis für 1966 besonders erfreulich.

Kurt Schmücker